

position

The logo for the German Trade Union Confederation (DGB) is located in the top right corner. It consists of a red parallelogram with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font.

Acht Eckpunkte für eine soziale und ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik in Niedersachsen

Impressum

Ausschuss für Umweltfragen beim
DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Str. 7
30159 Hannover
<http://www.niedersachsen.dgb.de>

Verantwortlich: Bernd Lange, Abteilungsleiter Wirtschaft, Umwelt, Europa
beim DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Stand: 24.11.2009

Acht Eckpunkte für eine soziale und ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik in Niedersachsen

Es ist klar:

- Der Klimawandel schreitet voran.
- Die Rohstoffe unseres Planeten sind begrenzt.
- Die Belastbarkeit unserer Ökosysteme ist erreicht.
- Die Binnennachfrage stagniert.
- Die heutige Wertschöpfung führt nicht zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen vor Ort

Wir können also nicht so weiter wirtschaften wie bisher. Die traditionelle Industriegesellschaft muss dringend erneuert werden. Ein effizienterer und sparsamerer Umgang mit Energie und Rohstoffen, die Orientierung auf eine kohlenstoffarme Ökonomie und auf eine Wirtschaft, die trotz ihrer Orientierung auf Gewinne Gute Arbeit schafft und Arbeitsplätze zukunftstauglich macht – all dies muss Leitschnur in der Politik werden, auch in Niedersachsen.

Für unser Land verbinden sich mit neuen Technologien und Märkten enorme Chancen. Energieeffizienz, Umwelttechnologien, ressourceneffiziente Technologien, Recycling und nachhaltige Mobilitätskonzepte sind zukunftsgerichtete Bereiche. Nachhaltig ausgerichtete Industrie ist ein dynamischer, schnell wachsender Bereich mit erheblichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Wer die aktuelle Krise überwinden will, muss Nachhaltigkeit in das Zentrum rücken. Andernfalls droht dieser derzeit noch wachsende Industriezweig seine Position zu verlieren, zukünftige Chancen werden verspielt. Laissez-faire darf nicht das Rezept für die Zukunft sein.

Es geht aber nicht nur darum, mit intelligenten Produkten auf den Märkten der Zukunft präsent zu sein. Wir müssen auch die eigenen Produktionsstrukturen neu ausrichten. Klar ist, dass „grüner“ technologischer Fortschritt nur die eine Seite der Medaille darstellt. Er muss auf der anderen Seite auch zu einer unmittelbaren Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Niedersachsen beitragen. Die Binnennachfrage und die regionale Entwicklung müssen ebenso im Fokus stehen. „Grüne“ Arbeitsplätze als solche sind noch keine guten Arbeitsplätze. Ihr Alleinstellungsmerkmal bekommen sie erst dadurch, dass sie gut bezahlt, zukunftsfähig und mitbestimmt sind.

Zukunftsfähigkeit ist nur dann gegeben, wenn soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und eine leistungsfähige Wirtschaft miteinander verbunden sind. Voraussetzung dafür ist, dass der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen setzt und deren Einhaltung überwacht. Dabei müssen die erforderlichen Instrumente und Regeln so gestaltet sein, dass Gute Arbeit sowie die zukunftsfähige Produktion nachhaltiger Produkte gefördert, ökonomisch belohnt und nicht bestraft werden. Klar ist auch, dass staatliches Handeln in einem Bundesland be-

grenzt ist und die Mittel knapp sind. Deshalb gilt es in den für das Land Niedersachsen zentralen Feldern Schwerpunkte zu setzen.

Niedersachsen muss die Verantwortung wahrnehmen und in acht Punkten handeln. Niedersachsen muss aktiv werden für:

1. Gute Arbeit auch in zukunftsorientierten Feldern
2. Ein nachhaltiges Mobilitätssystem
3. Energieeffiziente Häuser und Wohnungen
4. Haushaltsgeräte, die sparsam und intelligent mit Strom umgehen
5. Energietechnologien ohne klimafeindliches Treibhausgas und gefährliche Altlasten
6. Eine Effizienzrevolution in der Produktion.
7. Eine Neuorientierung bei den Dienstleistungen
8. Eine Stärkung der Umweltverwaltung zur Beratung, Kontrolle und Umweltüberwachung

1) Wir brauchen Gute Arbeit auch und gerade in zukunftsorientierten Feldern.

„Gute Arbeit für gute Umwelt“ und nicht „Arbeit um jeden Preis“ muss zum Leitmotiv werden. Die Lohnpolitik muss die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt teilhaben lassen. In einer nachhaltigen Gesellschaft spielt zudem die Partizipation von Beschäftigten eine große Rolle – aus Betroffenen werden Beteiligte. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihre Kompetenzen und Fähigkeiten einsetzen, ihre Talente entwickeln und ausbauen können. Auf der anderen Seite müssen sie durch Aus-, Fort- und Weiterbildung in die Lage versetzt werden, in neuen, „grünen“ Berufsfeldern Fuß zu fassen, mit technologischen Veränderungen Schritt halten und diese gleichzeitig forcieren zu können. Dies erfordert erhebliche Investitionen im Forschungs-, Bildungs- und Berufsbildungsbereich. Hier ist das Land gefordert.

Dafür ist eine Stärkung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Gewerkschaften bei der Gestaltung der notwendigen ordnungspolitischen Maßnahmen bis hin zur Umsetzung im Betrieb notwendig. Informations- und Beteiligungsrechte der Beschäftigten sind in vielen Unternehmen noch deutlich verbesserungsbedürftig. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass zukunftsorientierte Unternehmen, die durch erhebliche öffentliche Anstrengungen gute Startbedingungen bekommen haben, keine betriebliche Mitbestimmung praktizieren.

Hier muss die Landesregierung klare Anforderungen stellen. Öffentliche Förderung muss an Tariflohn und Mitbestimmung geknüpft sein.

2) Wir brauchen ein nachhaltiges Mobilitätssystem.

Die Automobilindustrie ist die wichtigste Industriebranche in Niedersachsen. Mit deutlich über 120.000 Beschäftigten ist sie der größte industrielle Arbeitgeber. Nimmt man die Zuliefererindustrie hinzu, hängen mehr als 30 Prozent aller Industriearbeitsplätze in Niedersachsen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Die indirekten Effekte im Dienstleistungsbereich kommen hinzu, von der Logistik über Finanzdienstleistungen bis hin zum Tourismus. Im Jahr 2007 erzielte die niedersächsische Automobilindustrie rund 68.300 Mio € Umsatz und damit 31 Prozent aller Industrieumsätze. Die Exportquote lag mit 56 Prozent deutlich über dem Durchschnitt des niedersächsischen Produzierenden Gewerbes von 42,4 Prozent. Der Anteil der Investitionen macht mit über 1.000 Mio. € ca. ein Drittel an allen Investitionen in der niedersächsischen Industrie aus. Auch im bundesweiten Vergleich zeigt sich die besondere Bedeutung der niedersächsischen Automobilindustrie. Sie stellt 9,0 Prozent der Betriebe, 15,1 Prozent der Beschäftigten, 20,7 Prozent des Umsatzes und 19,9 Prozent des Auslandsumsatzes sowie 13,9 Prozent der Investitionen.

Aber wir brauchen Autos, die mit deutlich weniger Sprit auskommen. Wir müssen darauf hinwirken, dass die niedersächsische Mobilitätswirtschaft zukunftsfähig und wettbewerbsfähig entwickelt wird. Dazu brauchen wir einen integrierten Ansatz zur Verringerung der Schadstoffe und Kohlendioxidemissionen, eine Stärkung energieeffizienter Antriebe wie die Elektromobilität, eine integrierte Produktpolitik, zukunftsweisende elektronische Standards, eine verbesserte Verknüpfung der Verkehrsträger, ein tragfähiges Mobilitätsmanagement sowie eine entsprechende Infrastruktur. Zu einem integrierten Verkehrssystem gehört außerdem ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV).

Von besonderer Bedeutung sind moderne Antriebstechnologien. So kann ein Elektroauto in Kombination mit erneuerbaren Energien (EE) beinahe zum Nullemissionsfahrzeug werden. Die beiden Technologien gehören zusammen, zumal die Batterien von Elektrofahrzeugen als Pufferspeicher für die schwankenden Energieeinträge aus Wind- und Solarkraftwerken dienen können. E-Mobilität wird allerdings vielfältige Veränderungen der Produktion und Zuliefererketten mit sich bringen. Hier sind die Anstrengungen für eine zukunftsgerechte Entwicklung von Arbeitsplätzen in Niedersachsen zu bündeln, ein Runder Tisch „Mobilitätswirtschaft“ ist einzurichten, Modellprojekte sind zu entwickeln und zügig umzusetzen.

3) Wir brauchen energieeffiziente Häuser und Wohnungen.

Das nachhaltige Haus der Zukunft muss im besten Fall weitgehend ohne Fremdenergie auskommen. Intelligent gebaut, optimal gedämmt und technologisch auf dem neuesten Stand erzeugen ökologisch konzipierte Häuser ihre eigene Energie, sind wohnlich und warm. Das von DGB und seinen Gewerkschaften maßgeblich mit initiierte CO²-Gebäudesanierungsprogramm sollte als eines der erfolgreichsten Programme auf einem höheren Niveau verstetigt und auf die regionale Ebene ausgeweitet werden. In 2006 konnten durch das KfW-CO²-Gebäudesanierungsprogramm bereits rund 300.000 Wohnungen saniert werden, dabei wurden 200.000 Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Damit wir nicht noch Jahrzehnte auf eine vollständige Sanierung des Wohnungsbestandes warten müssen, fordert der DGB eine deutliche Erhöhung der Mittel auf Bundesebene. In den 2,06 Mio. niedersächsischen Wohngebäuden werden etwa 30 Prozent der gesamten Endenergie verbraucht. Davon werden rund 85 Prozent zur Erzeugung von Raumwärme und Warmwasser benötigt. Dreiviertel der Wohngebäude sind vor der ersten Wärmeschutzverordnung von 1978 gebaut. Durch eine qualifizierte Gebäudesanierung kann der Primärenergiebedarf um bis zu 80 Prozent gesenkt werden. Umgehend sollte eine Landesinitiative „Altbausanierung und Verwendung erneuerbare Wärmeenergie“ eingerichtet werden, um hinreichend über Sanierung zu informieren und Maßnahmen zu koordinieren. Außerdem sind entsprechende Anreize und Fördermaßnahmen auf Landesebene zu entwickeln. Öffentliche Liegenschaften sind umgehend zu sanieren

4) Wir brauchen Haushaltsgeräte, die sparsam und intelligent mit Strom umgehen.

Elektrische und elektronische Geräte verbrauchen mitunter selbst dann Strom, wenn sie ausgeschaltet sind. Hier sind technologische Innovationen notwendig, um den Strom- und Ressourcenverbrauch dieser Geräte generell zu senken. Computer und Waschmaschinen sollten so effizient wie möglich sein. Die Entwicklung ist weiter voranzutreiben und durch öffentliche Beschaffung zu fördern. Effiziente Geräte (z.B. Computer oder Weiße Ware) werden auch in Niedersachsen hergestellt und sollten hier besondere Berücksichtigung finden. Innovative Maßnahmen wie z.B. ein E-Geräte-Contracting oder Effizienzprämien beim Umstieg sind auf Landesebene zu entwickeln. Intelligente Zähl- und Messsysteme unterstützen das Energiesparen, weil sie zeitgenau den Verbrauch anzeigen und abrechnen. Intelligente Stromzähler unterstützen ein nachhaltiges Energiesystem. Öffentliche Liegenschaften sollten eine Modellfunktion erfüllen.

5) Wir brauchen Energietechnologien, die wenig oder gar kein klimafeindliches Treibhausgas in die Atmosphäre blasen und uns keine gefährlichen Altlasten hinterlassen.

In Niedersachsen stammen bereits heute etwa 21 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Mit einem Anteil von 25 Prozent der bundesweit installierten Windleistung ist das Land Spitzenreiter. Führend ist Niedersachsen auch bei der Nutzung von Bioenergie, mit rund 37 Prozent der bundesweit errichteten Kapazität. Es gibt zahlreiche EE-Forschungseinrichtungen, ansässig sind zudem einige große Unternehmen aus der Windenergiebranche mit über 4.000 Beschäftigten. Mit 1.499 direkt und indirekt Beschäftigten (2007) spielt die Photovoltaik-Branche bisher noch eine geringe Rolle. Insgesamt ist die Branche der regenerativen Stromerzeugung in Niedersachsen mit 1.482 Unternehmen relativ gut vertreten. Allerdings ist das Gesamt-Rating für Niedersachsen nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) trotz der guten Potentiale bescheiden. Defizite bei der Nutzung Erneuerbarer Energien und beim technologischem Wandel lassen sich durch Hemmnisse bei der Genehmigung und Planung von EE-Anlagen, mangelndem politischen Engagement für die EE-Branche und dem Fehlen eines ambitionierten und differenzierten Energieprogramms mit entsprechenden Zielfestlegungen für die einzelnen Technologien erklären. Die Landesregierung nimmt nicht entschlossen Kurs auf Erneuerbare Energien und spricht sich sogar noch für eine Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken aus. Dies ist fahrlässig, da durch eine zunehmende Atommüllmenge der Druck auf ein mögliches Endlager Gorleben zusätzlich verstärkt wird. So würde Niedersachsen mit Asse II, Schacht Konrad und dann Gorleben zum „Atomklo“ Deutschlands.

Dezentrale Energieversorgung ist ein wichtiges Moment zukünftiger Energieinfrastruktur. Zur Infrastruktur einer nachhaltigen Ökonomie gehört u. a. ein robustes intelligentes Stromnetz, das aus Erneuerbaren Energien erzeugten Strom aufnehmen und verteilen kann. Auch muss die Netzinfrastruktur anpassungsfähiger für die sich wandelnden Anforderungen werden.

6) Wir brauchen eine Effizienzrevolution in der Produktion.

Material- und Energiekosten sind für die Leistungsfähigkeit der Unternehmen inzwischen von größerer Bedeutung als die Lohnkosten. Im verarbeitenden Gewerbe liegt der Lohnkostenanteil unter 20 Prozent, der Ressourcenanteil bei 40 Prozent. Die Arbeitsproduktivität stieg seit 1960 um fast 300 Prozent, die Ressourcenproduktivität nur um 150 Prozent. Zur Steigerung der Ressourceneffizienz braucht es neue Kooperationsformen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Strategien zur Verbreitung von Ressourceneffizienzansätzen gerade in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) müssen entwickelt werden. Dazu gehö-

ren Beratungsangebote, die Gründung von Netzwerken und die Vermittlung von Best-Practice-Beispielen. Niedersachsen muss die europäische Ressourcen-Strategie mitgestalten und für unser Bundesland konkretisieren. Unternehmen, die in Selbstverpflichtung ein Ressourcenproduktivitätsziel anstreben, müssen gefördert werden. Effizienzmodelle wie das Top-Runner-Ansatz müssen auf ihre Praxistauglichkeit überprüft werden. Für ausgewählte Stoffströme in besonders relevanten niedersächsischen Branchen könnten konkrete Lösungsmöglichkeiten exemplarisch entwickelt werden.

Die Maßnahmen in den Konjunkturpaketen I und II zur Steigerung der Energieeffizienz fallen deutlich hinter die übrigen Maßnahmenpakete zurück. Vor dem Hintergrund der klimapolitischen Notwendigkeit, Energie und Rohstoffe zu sparen sowie Ressourcen effizient einzusetzen, wird damit ein strategisch wichtiges Feld konjunkturpolitisch unterbelichtet, anstatt es zu stärken. Durch verstärkte Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz wäre laut IFEU-Institut eine Nettomehrbeschäftigung von mindestens 260.000 Beschäftigten in Deutschland möglich. Gerade für KMU und Handwerksbetriebe sollen besonders geeignete Systeme und Ansätze z.B. über die „Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit“ bekannter gemacht und verbreitet werden. Kommunale Initiativen wie „Ökoprofit“ sind zu fördern. Die Arbeit der 6. Regierungskommission ist zu verstärken und in Regierungshandeln umzusetzen.

7) Wir brauchen eine Neuorientierung bei den Dienstleistungen.

Die Energie- und Wasserwirtschaft, die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft sowie der öffentliche Personennah- und Güterverkehr sind Bereiche, in denen das Zusammenspiel von Umwelt- und Dienstleistungssektor besonders eng ist. Für den zukünftigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sind sie von besonderer Bedeutung. Der Stellenwert von Umweltdienstleistungen wird in Zukunft noch zunehmen. So werden die industriebezogenen Umwelttechnik-Dienstleistungen wachsen. Diese Dienstleistungen werden im Vorfeld der Produktion, produktionsbezogen zur Herstellung von Produkten sowie produktbezogen nach Fertigstellung des Endprodukts erbracht. Beispielsweise fördern Entwicklungsdienstleister die Generierung von Produkt- und Prozessinnovationen, Logistiker ermöglichen die Produktion durch Bereitstellung der Vorprodukte und Monteure führen die Wartung am Endprodukt. Hier gilt es deutliche Impulse für eine ökologische Neuorientierung zu setzen. Aber auch darüber hinaus müssen alle Dienstleistungsbereiche, insbesondere natürlich die unternehmensnahen, in das Konzept einer sozialen und ökologischen Industriepolitik einbezogen werden. Die Verpflichtung zu EMAS (Eco Management and Audit Scheme) sollte zum Grundstandard gehören, das Land sollte diese Entwicklung durch Bonussysteme fördern.

8) Wir brauchen eine Stärkung der Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung zur Beratung, Kontrolle und Überwachung des Arbeits- und Umweltschutzes.

Das Personal in der niedersächsischen Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung ist zwischen 1995 und 2003 um 378 Stellen bzw. 14 Prozent reduziert worden. Im Zuge der Verwaltungsreform plant Niedersachsen weitere 415 Stellen bzw. 15 Prozent in der Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung abzubauen. Das Niedersächsische Landesamt für Ökologie und die vier Bezirksregierungen wurden aufgelöst. Versetzungen und Neueinstellungen im Zuge dieser Neustrukturierung führen dazu, dass Fachwissen und gewachsene Netzwerke umweltbehördlicher Kompetenzen verloren gehen. Angesichts der durch das Europarecht der 1990er-Jahre und seine nationale Umsetzung erheblich gestiegenen Anforderungen und neuen Aufgaben erscheint der Personalabbau besonders negativ. Als Folge bleibt der niedersächsischen Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung kaum eine andere Alternative als ihr Aufgabenpensum quantitativ und vor allem auch qualitativ zu reduzieren. Dabei wird das Aufgabenpensum nicht "offiziell" reduziert. Vielmehr stellt sich der Aufgabenabbau als indirekte, wissend in Kauf genommene Folge einer verschlechterten Ressourcenausstattung dar. Als unvermeidbare Folge werden Prioritäten neu gesetzt und dabei auch Aktivitäten zurückgefahren oder vernachlässigt. Aufgaben werden nicht oder in verminderter Qualität erfüllt. Der Vollzug rechtlicher Vorgaben leidet immer mehr - der Wille des Gesetzgebers wird unterlaufen.

Die Aufsichtsbehörden müssen wieder besser personell und sachlich ausgestattet werden, damit Vollzugsdefizite abgebaut werden können. Die Einhaltung des Arbeitsschutz- und Umweltrechtes und die Lenkungswirkung von marktwirtschaftlichen Instrumenten muss überwacht und kontrolliert werden. Nur dann können soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen getätigt werden, um umwelt- und gesundheitsverträgliche sowie energie- und ressourceneffiziente Produktionsverfahren und Produkte zu gewährleisten und damit auch mehr Arbeitsplätze zu schaffen.